
Suhl, 27. 01. 2010

Kommunen in Not !

Offener Brief an die Suhler Stadträte

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Ich möchte Sie mit diesem Schreiben über eine wichtige Angelegenheit informieren und Sie um Unterstützung bitten:

Wie Sie wissen, befinden sich viele Thüringer Kommunen in einer dramatischen Finanzlage und das Jahr 2010 wird wohl das bisher Schwierigste. Suhl bildet da keine Ausnahme. Angesichts steigender Sozialausgaben und sinkender Steuereinnahmen spitzt sich die Finanznot immer mehr zu. Für diese Situation tragen jedoch weniger die Kommunen die Verantwortung, sondern der Bund und das Land.

Die Finanzlage der Thüringer Kommunen ist auf einem Niveau, das es ihnen erschwert, die per Gesetz überwiesenen noch die so genannten freiwilligen Aufgaben zu realisieren. Seit Jahren versuchen Bund und Land, ihre Haushalte auf Kosten der Kommunen zu konsolidieren. In den vergangenen zehn Jahren wurden den Thüringer Gemeinden und Städten durch Bundesentscheidungen, an denen die Thüringer Landesregierung mitgewirkt hat, jährlich mehr als 300 Mio. Euro entzogen. Doch auch selbständig durch das Land Thüringen zu verantwortende politische Entscheidungen werden den Thüringer Kommunen durch äußerst fragwürdige Rechenmethoden jährlich rund 350 Mio. Euro vorenthalten.

Allein für den Bereich SGB II z.B. haben die Kommunen 2009 432 Mio. Euro aufwenden müssen. Für 2010 wird eine Steigerung um 4% prognostiziert, somit müssten rund 449 Mio. Euro angesetzt werden. Des weiteren reduziert der Bund seinen Anteil an den Kosten für die Unterkunft um weitere 10 Mio. Euro. Dies bedeutet, dass den Kommunen rund 39 Mio. Euro vorenthalten werden.

Deshalb muss das Land von uns in die Pflicht genommen werden, um wieder regelmäßig einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen.

Die wichtigsten Forderungen aus kommunalpolitischer Sicht an die Landesregierung sollten sein:

- Dringende Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, vor allem für die Zentren und die Städte mit Umlandfunktion, zu denen auch Suhl gehört
- mindestens Beibehaltung der Finanzausgleichsmasse
- transparente Darstellung der kommunalen Kosten für die Aufgabenerfüllung
- Aufhebung der Bereinigung der ermittelten Kosten (nach unten) durch das Land gemäß Thüringer Verfassungsgerichtshof
- Wirklichkeitsnahe Planung der Einnahmen der Kommunen (z.B. Hebesätze)
- Anhebung des prozentualen Anteils der Kommunen für die freiwilligen Aufgaben (derzeit 3%)
- Wiedereinführung der Investitionspauschale
- Forderung nach einer grundsätzlich anderen Steuerpolitik der Bundesregierung

Meine Fraktion und ich lehnen die verfehlte Landespolitik auf den Schultern der Kommunen ab!

Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass Die LINKE. in den Thüringer Landtag einen Antrag „Schutzschirm für Kommunen“ eingebracht hat und zum Thema „Kommunen in Not“ zu einer

**Kundgebung vor dem Thüringer Landtag für
Donnerstag, den 28. Januar 2010, ab 15.00 Uhr**

aufruft.

Ich lade Sie und interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu herzlich ein und bitte um Unterstützung in dieser wichtigen Angelegenheit, die uns alle berührt !

Ina Leukefeld
MdL und Stadträtin